

# Bebauungsplan Nr. 109 „Hohe Linde - Im tiefen Siek“ der Stadt Georgsmarienhütte - Stadtteil Kloster Oesede - 1. Planänderung

Die Planunterlage entspricht dem Inhalt des Liegenschaftskatasters und weist die städtebaulich bedeutsamen baulichen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach (Stand vom 18.10.1977). Sie ist hinsichtlich der Darstellung der Grenzen und der baulichen Anlagen geometrisch einwandfrei.

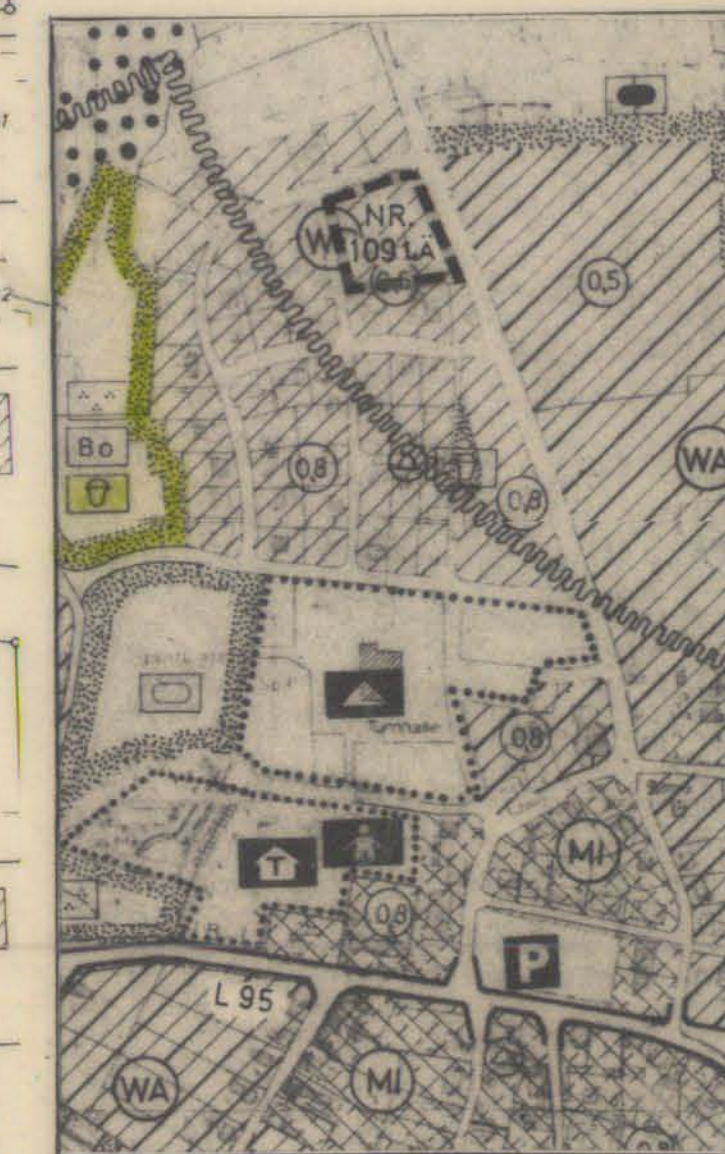
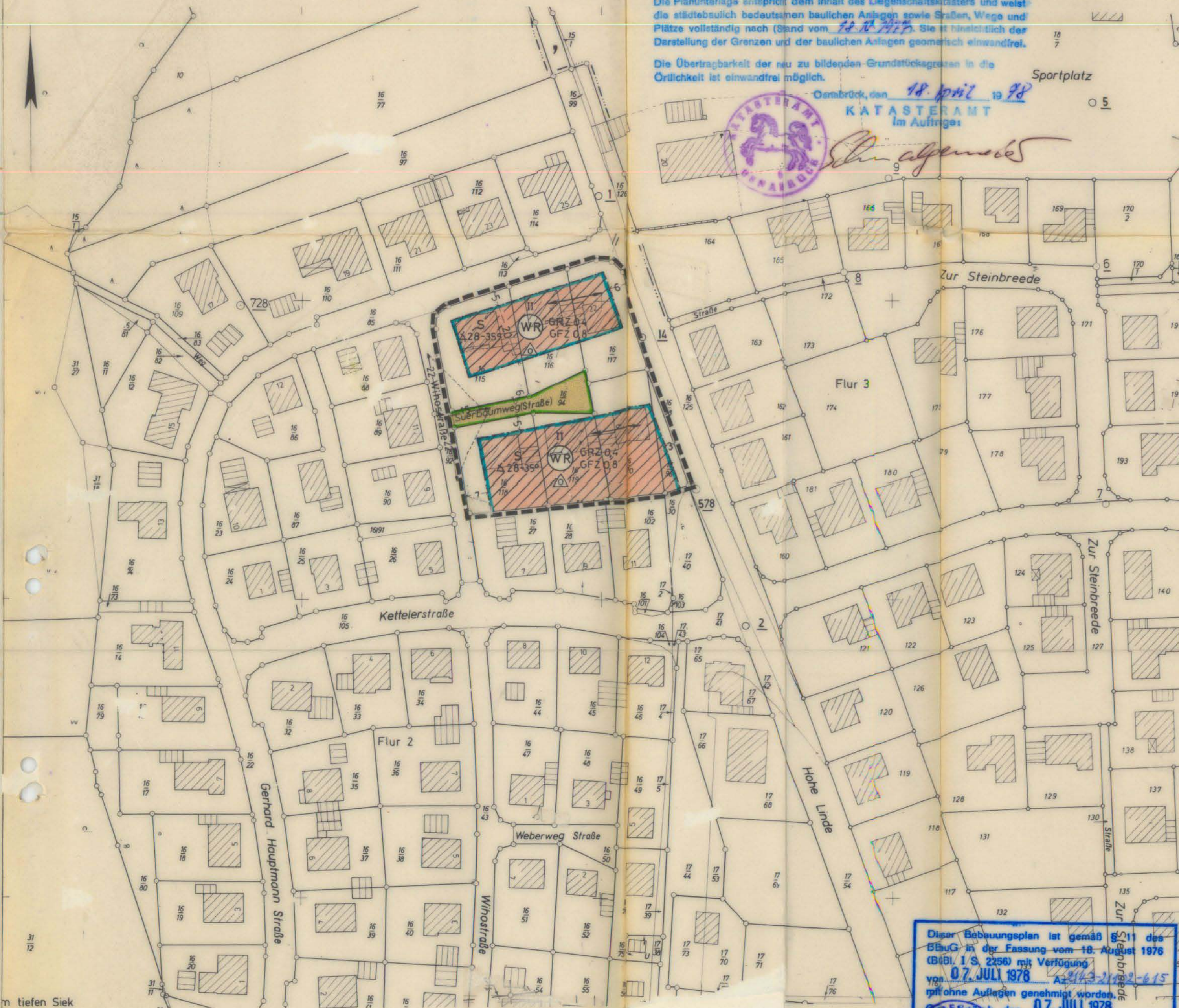
Die Übertragbarkeit der neu zu bildenden Grundstücksgrenzen in die Örtlichkeit ist einwandfrei möglich.

Osnabrück, den 18. April 1978  
KATASTERAMT  
im Auftrage:  
*Elm. agens*

Landkreis Osnabrück  
Gemeindebezirk Georgsmarienhütte  
Gemarkung Kloster Oesede  
Flur 2.3  
Maßstab 1:1000

Der Stadt Georgsmarienhütte zur Vervielfältigung unter den am 18.10.1977 anerkannten Bedingungen freigegeben durch das Katasteramt Osnabrück. Zu diesem Plan gehört als Bestandteil ein Grundstücksverzeichnis vom Gesch. B.V./Nr. 2095/77

Ausgefertigt Osnabrück, den 18.10.1977  
Katasteramt im Auftrage:  
*hiesm*



AUSSCHNITT AUS FLÄCHENNUTZUNGSPLAN  
M.1:5000

Festsetzungen betr. Gestaltung  
gem. Verordnung über Gestaltungsvorschriften und Kennzeichnung von Denkmälern in Bebauungsplänen vom 14.6.1974 (Nds. Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 22 S. 333).

Dachneigung 428-35°  
Dachform 5  
Satteldach

Dieser Bebauungsplan ist gem. § 11 des BBauG in der Fassung vom 18. August 1976 (BGBI. I S. 2256) mit Verfügung vom 07. Juli 1978 Az. 2143-21/78-615 mit Verfügun von ... genehmigt worden.  
Osnabrück, den 07. Juli 1978  
Bau-Reg.-Weser-Ems, Außenstelle Osnabrück  
im Auftrage:  
*Hegw*

Aufgrund der §§ 6 und 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) in der zur Zeit gültigen Fassung in Verbindung mit den §§ 2, 2a, 9 und 10 des Bundesbaugesetzes (BBauG) vom 23. Juni 1960 (BGBI. I S. 341) in der Fassung vom 18. August 1976 (BGBI. I S. 2256), der Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung vom 15. September 1977 und der Planzeichenverordnung vom 19.1.1965 hat der Rat der Stadt Georgsmarienhütte am 15. MRZ. 1978 den aus nebenstehenden zeichnerischen und folgenden textlichen Festsetzungen bestehenden Bebauungsplan - 1. Änderung -, dem eine Begründung beigelegt ist, als Satzung beschlossen.

1. Art und Maß der baulichen Nutzung wird im nebenstehenden Plan festgesetzt.
2. Befreiungen regeln sich nach § 31 (2) BBauG.
3. Für den Fall der Nichtbefolgung dieser Satzung wird gemäß § 6 (2) NGO in Verbindung mit den §§ 35 - 37 des Niedersächsischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung ein Zwangsgeld bis zu 500 DM bzw. die Ersatzvornahme angedroht. Eine Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten nach § 156 BBauG bleibt hiervon unberührt.
4. Diese Satzung tritt mit der Bekanntmachung in Kraft.
5. Mit dem Inkrafttreten des Bebauungsplanes treten entgegenstehende Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 109, in Kraft getreten durch öffentliche Bekanntmachung am 15.8.1972, für den Planbereich dieser 1. Änderung außer Kraft.

HINWEIS  
Gemäß § 9 (6) BBauG wird nachdrücklich darauf hingewiesen, daß ur- oder frühgeschichtliche Bodenfunde, die bei den geplanten Bau- und Erdarbeiten gemacht werden sollten, meldepflichtig sind (Ausgrabungsgesetz vom 26.3.1915, §§ 5 - 6, für die Regierungsbezirke Aurich und Osnabrück).

## ZEICHENERKLÄRUNG Festsetzungen nach § 9 (1) und (7) BBauG

|   |         |   |     |
|---|---------|---|-----|
| Reines Wohngebiet                                     | WR      | Baugrenze   | --- |
| Überbaubare Grundstücksfläche                         | WR      | Straßenverkehrsfläche mit Straßenbegrenzungslinie                                   | --- |
| Zahl der Vollgeschosse: 2-geschossig als Höchstgrenze | II      | Stellung der baul. Anlagen: längere Mittelachse des Hauptbaukörpers = Firstrichtung | --- |
| Grundflächenzahl                                      | GRZ 0,4 | Sichtdreieck: von jeglicher Nutzung über 80 cm freizuhalten                         | --- |
| Geschoßflächenzahl                                    | GFZ 0,8 | Geltungsbereichsgrenze der 1. Planänderung  | --- |
| offene Bauweise nur Einzel- u. Doppelhäuser zulässig  | △       |   |     |

Die Aufstellung dieses Bebauungsplanes als 1. Planänderung wurde vom Rat der Stadt Georgsmarienhütte am 8. Juni 1977 gemäß § 2 (1) des Bundesbaugesetzes vom 23.6.60 in der Fassung vom 18. August 1976 (BGBI. I S. 2256) beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss wurde am 4.10.1977 ortsüblich bekanntgemacht.

Georgsmarienhütte, den 18. April 1978  
Bürgermeister Stadtdirektor

Der Bebauungsplan hat mit der zugehörigen Begründung einen Monat vom 1. Mai 1978 bis 1. Juni 1978 einschließlich öffentlich ausgelegt. Ort und Zeit der öffentlichen Auslegung wurden am 17. April 1978 ortsüblich bekanntgemacht.

Georgsmarienhütte, den 18. April 1978  
Bürgermeister Stadtdirektor

Der Bebauungsplan ist gemäß § 10 BBauG am 15. April 1978 durch den Rat der Stadt Georgsmarienhütte als Satzung beschlossen worden.

Georgsmarienhütte, den 15. April 1978  
Bürgermeister Stadtdirektor

Die mit Verfügung des Herrn Regierungspräsidenten erteilte Genehmigung des Bebauungsplanes ist gemäß § 12 BBauG am 15.08.1978 im Amtsblatt des Landkreises Osnabrück öffentlich bekannt gemacht worden. Damit ist der Plan rechtsverbindlich geworden.

Georgsmarienhütte, den 05.09.1978  
Der Regierungspräsident  
Stadtdirektor

BEBAUUNGSPLAN NR. 109 "HOHE LINDE/IM TIEFEN SIEK"  
DER STADT GEORGSMARIENHÜTTE - Stadtteil Kloster Oesede -  
1. Planänderung  
Planbearbeitung: Büro f. Architektur + Stadtplanung Dipl.-Ing. Bennemann, Georgsmarienhütte, Fernruf: 05401/2842

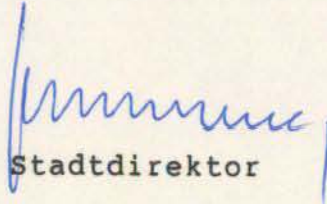




Innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Bebauungsplanes ist die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften beim Zustandekommen ~~des Bebauungsplanes~~ / der Bebauungsplanänderung nicht geltend gemacht worden.

Georgsmarienhütte, den 06.07.1988



  
S Stadtdirektor

Innerhalb von sieben Jahren nach Inkrafttreten des Baugesetzbuches sind für ~~diesen Bebauungsplan~~ / die Bebauungsplanänderung gem. § 215 BauGB Mängel in der Abwägung nicht geltend gemacht worden.

Georgsmarienhütte, den 05.07.1994

  
S

Stadtdirektor



Aufgrund der §§ 6 und 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) in der zur Zeit gültigen Fassung in Verbindung mit den §§ 2, 2a, 9 und 10 des Bundesbaugesetzes (BBauG) vom 23. Juni 1960 (BGBl. I S. 341) in der Fassung vom 18. August 1976 (BGBl. I S. 2256), der Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung vom 15. September 1977 und der Planzeichenverordnung vom 19.1.1965 hat der Rat der Stadt Georgsmarienhütte am **15. MRZ. 1978** den aus nebenstehenden zeichnerischen und folgenden textlichen Festsetzungen bestehenden Bebauungsplan - 1. Änderung -, dem eine Begründung beigelegt ist, als Satzung beschlossen.

1. Art und Maß der baulichen Nutzung wird im nebenstehenden Plan festgesetzt.
2. Befreiungen regeln sich nach § 31 (2) BBauG.
3. Für den Fall der Nichtbefolgung dieser Satzung wird gemäß § 6 (2) NGO in Verbindung mit den §§ 35 - 37 des Niedersächsischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung ein Zwangsgeld bis zu 500 DM bzw. die Ersatzvornahme angedroht. Eine Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten nach § 156 BBauG bleibt hiervon unberührt.
4. Diese Satzung tritt mit der Bekanntmachung in Kraft.
5. Mit dem Inkrafttreten des Bebauungsplanes treten entgegenstehende Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 100 "Hohe Linde / Im tiefen Stille" ~~beschlossen als Satzung~~ des 1.9.1972, in Kraft getreten durch öffentliche Bekanntmachung am 15.8.1972, für den Planbereich dieser 1. Änderung außer Kraft.

#### HINWEIS

Gemäß § 9 (6) BBauG wird nachrichtlich darauf hingewiesen, daß ur- oder frühgeschichtliche Bodenfunde, die bei den geplanten Bau- und Erdarbeiten gemacht werden sollten, meldepflichtig sind (Ausgrabungsgesetz vom 26.3.1915, §§ 5 - 6, für die Regierungsbezirke Aurich und Osnabrück).